



HESSISCHER LANDTAG

14. 07. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Documenta Vorfälle aufklären, aufarbeiten und die weltweit bedeutende Ausstellung zukunftsfähig aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Banner-Installation „People’s Justice“ mit ihren eindeutig antisemitischen Bilddarstellungen gar nicht erst auf der documenta fifteen hätte gezeigt werden dürfen. Der Landtag stellt fest, dass Antisemitismus und antisemitische Tendenzen auf keiner Kunstausstellung weltweit einen Platz haben dürfen.
2. Der Hessische Landtag bedauert, dass das Kuratorenkollektiv Ruangrupa trotz der monatelangen Debatten über Antisemitismus im Ausstellungsprogramm nicht hinreichend gewarnt und sensibilisiert war. Die Aufgabe der künstlerischen Leitung der documenta wäre es gewesen, dafür zu sorgen, dass antisemitische Darstellungen nicht in die Ausstellung gelangen. Dieser Aufgabe sind die Kuratoren nicht gerecht geworden. Dadurch ist ein erheblicher Schaden entstanden, der sich nur mühsam wird reparieren lassen.
3. Der Hessische Landtag bekräftigt, dass es falsch wäre, die documenta fifteen pauschal unter den Generalverdacht des Antisemitismus zu stellen. Die documenta ist neben der Biennale in Venedig die wichtigste Ausstellung der Gegenwartskunst, die durch die Antisemitismusvorwürfe in eine schwierige Lage geraten ist. Der wichtige Diskurs darüber, wie eine globale Gesellschaft sich selbst wahrnimmt und wie sie diese Wahrnehmung in unterschiedlichen künstlerischen Formen ausdrückt, muss weitergehen.
4. Der Landtag dankt dem Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Meron M., für die Unterstützung und Bereitschaft, im Dialog mit documenta und künstlerischer Leitung die Vorfälle aufzuarbeiten. Der Landtag bedauert außerordentlich, dass mit Herrn M. und der Künstlerin Hito Steyerl zwei wichtige Akteurinnen und Akteure ihren Rückzug von der Ausstellung erklärt haben.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung und die documenta gGmbH auf, die Antisemitismusvorfälle konsequent und adäquat aufzuarbeiten und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.
6. Der Landtag stellt fest, dass die documenta Gesellschaft von der Stadt Kassel und dem Land Hessen finanziert und von der Kulturstiftung des Bundes finanziell unterstützt wird. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Bundeskulturstiftung ihr Vorschlagsrecht für zwei Sitze im Aufsichtsrat seit zwei Jahren nicht wahrnimmt.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit allen Verantwortlichen in einen konstruktiven Dialog zu treten und dabei über das Grundrecht der Kunstfreiheit angesichts von steigendem Rassismus und Antisemitismus zu diskutieren. Perspektivisch braucht es ein Gremium, das Handlungsempfehlungen erarbeitet, wie Antisemitismusforschung im Bereich von Kunst und Kultus vorangetrieben werden kann und sich solche Vorfälle nicht wiederholen dürfen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. Juli 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph